

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postämter und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Krieg oder sonstigen Verhältnissen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises. — Abkündigung einzelner Abnehmer erfolgt nur, wenn Vorzug besteht.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 116 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 20. Mai 1932

Was soll daraus werden?

Das hat uns zu allen unseren schweren Sorgen auch noch gerade gefehlt!

Jwar kennt heute wohl jedermann in Deutschland die schweren Hemmnisse, die seit dem Herbst vergangenen Jahres in so ziemlich allen Ländern der Welt gegen die Einfuhr ausländischer Waren errichtet worden sind. Und man weiß es überall in Deutschland, daß dieser allgemeine Abschluß gegen die Einfuhr vom Ausland der deutschen Warenexport mit besonderer Schärfe trifft. Schließlich ist es bei uns auch niemandem unbekannt, daß der deutsche Export vor allem Fertigfabrikate umfaßt und das Hauptstadium in unserer Außenhandelsbilanz darstellt. Weniger bekannt dürfte allerdings sein, daß die industrielle Gesamtproduktion in Deutschland heute zu etwa 35 bis 40 Prozent auf die Ausfuhr entfällt, hauptsächlich auf den Export von Fertigfabrikaten. Geht dieser zurück, dann macht sich das natürlich sofort bei dem Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie und ihrer Arbeiter bemerkbar. Das ist nun in einem Ausmaß von nicht weniger als 10 Prozent geschehen; unsere Fertigerwarenexport ist im April um 43 Millionen Mark zurückgegangen und hat damit einen Tiefstand wie nie zuvor. Wertmäßig haben wir noch im Oktober 1931 fast um 100 Prozent mehr von diesen Waren ausgeführt als im April 1932, und noch im März hatte sich diese Ausfuhr einigermaßen halten können, obwohl inzwischen die Zoll- und Einfuhrverbotsmauern überall draußen in der Welt ein ganzes Stück erhöht worden waren. Jetzt aber ist ein derart starker Rückgang erfolgt, daß man an der Passivität unserer Zahlungsbilanz keinen Zweifel mehr hegen kann. Ist doch der Ausfuhrüberschuss des Vormonats jetzt auf nur noch 54 Millionen — ein Drittel des Märzergebnisses — zurückgegangen, und der in den ersten vier Monaten 1932 erzielte Gesamtüberschuss von 418 Millionen in der Handelsbilanz reicht nicht aus, unsere Zins- und Amortisationsverpflichtungen an unsere Auslandsgläubiger vollständig zu erfüllen; denn sie betragen sich für diesen Zeitraum auf mindestens 550 Millionen. Was soll daraus werden? Wie sollen wir denn bezahlen, auch wenn wir es noch so sehr tun wollen? Wir können unsere Schulden doch nicht mit Gold — das haben wir nicht — sondern nur durch Warenexport in die Gläubigerstaaten bezahlen; dort aber türmt man die Hindernisse und Verbote gegen die deutsche Einfuhr immer höher auf. Und vorläufig ist keine Aussicht, daß es damit anders wird, gar kaum oder gar nicht mit unserer Ausfuhr und — unserer Zahlungsfähigkeit.

Aber in der Handelsbilanz des April findet sich noch ein anderer, ein noch sehr viel schwärzerer Punkt: Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist wertmäßig um über 30 Millionen — 25 Prozent — gestiegen. Dieses Emporschnellen wird aber noch beständlicher, wenn man daran denkt, daß die Weltpreise der agrarischen Einfuhrwaren inzwischen um 3 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken sind, so daß die mengenmäßige Einfuhrsteigerung noch viel größer ist, als jene 30 Millionen es vermuten lassen. Und welche Ware steht unter den Lebensmitteln, die in größerem Umfang hereingelassen wurden, mit 6 Millionen an allererster Stelle? Der Kaffee! Dann folgen bald dahinter mit einem Mehr von 5,7 Millionen Südrüchtee und Stüchgewächse! Woß gut, daß wenigstens die Nuttereinfuhr im April gegen den Vormonat um fast 4 Millionen zurückging! Dafür haben wir aber für 4,5 Millionen mehr — Roggen importiert als im März! Obwohl dem Städter immer wieder versichert wurde, daß unsere Landwirtschaft nicht wisse, wohin mit dem von ihr erzeugten Roggen! Außerdem sind für 2,6 Millionen Gerste und Mais mehr als im Vormonat eingeführt worden.

Wenn die Einfuhr industrieller Rohstoffe und Halbfabrikate im April ebenfalls um über 30 Millionen stieg, so ergibt sich freilich daraus, daß der Teil der deutschen Industrie, der diese Waren verarbeitet, eine leichte Saisonbelebung erfährt, aber leider entspricht diese Mehrerzeugung ja nicht einer Steigerung der Ausfuhr, sondern jene Waren wurden der Deckung des einheimischen Bedarfs zugeführt, stehen also nur auf der Passivseite unserer Handelsbilanz.

Nochmal: Was soll daraus werden? Aus einer derartigen Einschränkung unseres Ausfuhrüberschusses, die mehr als zur Hälfte durch die Einfuhrsteigerung ausländischer Lebens- und Genussmittel verursacht ist. Das ausgerechnet in einer Zeit schärffter staatlicher — Devisenbewirtschaftung! Kürzlich hat der Reichskanzler in seiner großen Reichstagsrede erklärt, daß „wir sehr gegen unsere Willen die Devisenbewirtschaftung für die Warenexport immer mehr herabsenken müssen“, um nämlich bei dem Devisenschon der Währungsreform, der einen Teil der Währungsdeckung ausmacht, allzu große Abzüge hintanzubehalten. Und dann fügte der Kanzler hinzu: „Sollte die weitere Gestaltung unserer Handels- und Zahlungsbilanz uns zu noch schärferen Eingriffen in den Devisenverkehr zwingen, so werden wir nicht zögern, sie sofort vorzunehmen.“

Gesunkene Ausfuhr, stark gestiegene Einfuhr — der Augenblick für jenes „sofortige stärkere Eingreifen“ der Reichsregierung dürfte angesichts dieser Situation doch wohl gekommen sein!

Frankreich sabotiert die Abrüstung.

Frankzösische Bemühungen um Vertagung der Konferenz.

Im Seereschutz der Abrüstungskonferenz gab der französische General Aubert eine Erklärung ab, die deutlich den Entschluß Frankreichs zeigte, unter keinen Umständen auf die schweren Angriffswaffen zu verzichten. General Aubert erklärte, im schroffen Widerspruch zu der grundsätzlichen Entscheidung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz, daß eine Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen überhaupt nicht möglich sei. Das Verbot der Angriffswaffen würde vor allem die gegenwärtig bestehenden Sicherheitsverhältnisse vollständig umstoßen. Die französische Regierung werde niemals einer derartigen Regelung zustimmen.

Die Erklärung Auberts hat in allen Kreisen einen außerordentlich peinlichen Eindruck hervorgerufen. Eine Erwiderung von deutscher Seite wird in der nächsten Sitzung erwartet.

Die fortgesetzt von französischer Seite verbreiteten Gerüchte über die Vertagung der Abrüstungskonferenz bis zum November werden von deutscher Seite auf das entschiedenste als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. Die französische Regierung, die sich zweifellos auf der Abrüstungskonferenz in einer schwierigen Lage befindet, sucht durch die Vertagung allen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Dagegen wird auf deutscher, italienischer und englischer Seite an der weiteren Durchführung der Konferenzarbeiten unter allen Umständen festgehalten.

Ablehnung des deutschen Vertragsantrages auf die allgemeine Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen. Außerste Festigkeit, gepaart mit vorzüglicher Klugheit der Vertreter des entworfenen Deutschlands, sei in den nächsten Wochen mehr denn je unerlässlich.

Herriot hat noch nicht gesprochen.

Die halbamtliche französische Nachrichtenagentur Havas veröffentlichte eine Erklärung Herriots, in der er gewisse Darlegungen über die mutmaßliche Einstellung der neuen Regierung gegenüber den großen außenpolitischen Fragen wie Reparationen und Abrüstung aufs schärfste dementiert. Dieses Dementi richtet sich mit großer Wahrscheinlichkeit gegen die angeblichen Erklärungen Herriots, aus denen herausgelaufen wurde, daß er noch sehr viel unnachgiebiger sei als Tardieu und Plandin und daß die Lösung der internationalen Fragen unter seiner Regierung fast unmöglich würde.

Auch der Völkerbund soll sparen!

Aussprache im Völkerbundrat über Einschränkungsmaßnahmen.

Der Antrag der englischen Regierung auf grundlegende Ersparnismaßnahmen, Herabsetzung der Zahl und der Gehälter der Beamten beim Völkerbund gelangte im Völkerbundsrat zur Verhandlung. Von französischer Seite sind Versuche im Gange, den englischen Vorstoß unwirksam zu machen. Auch der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, hat dem Völkerbundsrat eine Denkschrift eingereicht, die sich gegen die Einschränkung des Völkerbundshaushalts und die Herabsetzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten ausspricht.

Der englische Staatssekretär Eden wies daraufhin, daß in England Stimmen der Kritik an der Finanzgebarung des Völkerbundes laut geworden seien. Die englische Regierung sei von der Notwendigkeit weitestgehender Ersparnismaßnahmen durchdrungen, die heute in allen Ländern zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden seien. Der Völkerbund müsse sich in der Einschränkung seiner Ausgaben den von sämtlichen Regierungen heute ergriffenen Sparmaßnahmen anpassen.

London ist pessimistisch.

Die Londoner Citykreise beurteilten zum größten Teil die Aussichten für einen Erfolg der Lausanner Konferenz ziemlich pessimistisch. Es gebe wenig Leute, die noch daran glaubten, daß Englands Politik der Streichung der Reparationen und Kriegsschulden durchgehen werde. Frankreich habe bisher kein Zeichen einer Änderung seiner Reparationspolitik gegeben.

USA und Lausanne.

Washington, 19. Mai. Zu der Meldung einer amerikanischen Nachrichtenagentur, wonach man in amerikanischen Regierungskreisen überzeugt sei, daß in Lausanne voraussichtlich die europäischen Länder ein sechsmonatiges Schuldenmoratorium erklären würden und daß erst im November oder Dezember eine Schuldenregelungskonferenz stattfinden werde, ist festzustellen, daß der Standpunkt der amerikanischen Regierung zur bevorstehenden Lausanner Konferenz unverändert ist. Die vorherrschende Ansicht ist allerdings, daß die Lausanner Konferenz die Unmöglichkeit, die Schuldenzahlungen fortzusetzen, feststellen, aber doch keinerlei Neuregelung für die Zahlungen finden wird. Man hält es für wahrscheinlich, daß die am 15. Juli fälligen Zahlungen irgendwie umgangen werden und die endgültige Zahlungsregelung einer Konferenz mit den Vereinigten Staaten vorbehalten wird. Man bedauert jedoch in unterrichteten Kreisen die Mitteilungen über angebliche Absichten der Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage auf das lebhafteste, weil alle Gerüchte hierüber die amerikanische Regierung dazu zwingen, sie zu dementieren. Auch wird durch die Weitergabe derartiger Gerüchte eine etwaige Schwankung in der Haltung der amerikanischen Regierung nur erschwert.

Deutschlands Stellung unter den Mächten.

Ein Rundfunkvortrag des Grafen Westarp.

Graf Westarp sprach im Rundfunk über Deutschlands Stellung unter den Mächten. Der Redner führt u. a. aus: Auf der Abrüstungskonferenz muß Deutschland auf der Erfüllung des Vertrages bestehen, nach welchem die ihm aufgezwungene Entwaffnung des Verfallers Diktats der erste Schritt zu einer allgemeinen Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen sein sollte. In dem Verhalten der anderen Mächte ist die Forderung der Gleichberechtigung Deutschlands, also der Aufhebung des Artikels 23, von der in erster Linie die Erfüllung des deutschen Rechtsanspruches abhängt, noch wenig in den Vordergrund getreten. Frankreich macht den Versuch, neue Sicherheitsabkommen an die Stelle einer wirksamen Abrüstungskonvention zu setzen, und den Vorschlag, die schweren Waffen oder gar die zivile Luftschiffahrt an den Völkerbund zu übertragen und diesem eine eigene Völkerbundarmee zur Verfügung zu stellen. Diese Vorschläge haken bei Amerika und England auf entschlossenen Widerstand. Ein weiterer Aufschub der Entscheidung würde gleichbedeutend sein mit einer endgültigen

Bestimmistische Beurteilung der Lausanner Konferenz in der „City“.

London, 19. Mai. „Evening Standard“ zufolge beurteilen die Londoner Citykreise zum größten Teil die Aussichten für einen Erfolg der Lausanner Konferenz ziemlich pessimistisch. Es gebe wenig Leute, die noch daran glaubten, daß Englands Politik der Streichung der Reparationen und Kriegsschulden sich in Lausanne durchsetzen werde. Frankreich habe bisher kein Zeichen einer Aenderung seiner Reparationspolitik gegeben. Das hätten die letzten Äußerungen Herriots klar bewiesen. Herriot habe damit die Brücke zu seiner Partei und dem Kartell abgebrochen. Allerdings, so meint das Blatt, könne man bei Herriot noch mit einer Reihe von politischen Schwankungen vor der Zusammenkunft der Kammer im Juni rechnen. Auch bezüglich der Haltung Amerikas hegt „Evening Standard“ keine großen Hoffnungen.

Die Arbeiten des Reichskabinetts.

Das Reichskabinetts setzte seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen fort. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß die Gesamtberatungen des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinbarung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen die Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushalts und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell vonstatten gehen dürfte.

Es scheint an eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf je 16, nach anderer Lesart auf je 13 Wochen gedacht zu sein. Zum Ausgleich der Fehlbeträge in den Gemeindehaushalten dürfte man weiter an die Verbeibaltung der Bürgersteuer denken, um die Unterstützung der Volkswirtschaftslosen sicherzustellen. An weiteren Maßnahmen zur Ausgleichung der Sozialhaushalte dürfte an eine Kürzung der Invalidenrenten

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Vereinfachung der Arbeitslosenfürsorge nicht erfolgt. Es dürfte lediglich eine gewisse Angleichung der Arbeitslosenfürsorge an die Arbeitslosenversicherung erfolgen, und zwar dürfte sich bei beiden die Notwendigkeit herausgestellt haben, die Unterstützungsdauer zu verkürzen.

und an eine Einbeziehung sämtlicher Festbesoldeten, also auch der Beamten in die Krisensteuer gedacht sein. Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Fragen noch nicht gefallen. Fest steht lediglich, daß die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenfürsorge abgelehnt worden ist.

Nach Abschluß der Kabinettsberatungen wird der Reichskanzler dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind anscheinend auch alle Personal-